

610/J

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Johann Maier, Annemarie Reitsamer, Emmerich Schwemlein und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend neues Betriebsmodell bei der Firma PTA AG

Von der Beratungsfirma AT Kearney wurde im Hinblick auf die - nun bereits erfolgte - Privatisierung der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung für den Fernmeldedienst der PTA AG ein neues Organisationsmodell erstellt, welches vorsieht, sämtliche Entscheidungspositionen des Fernmeldedienstes für das Bundesland Salzburg nach Linz zu verlagern.

Das Fernmeldebetriebsamt Salzburg sowie das Fernmeldebauamt Salzburg beschäftigen ca. 1.200 Bedienstete in Stadt und Land Salzburg. Das Fernmeldebeamt hat die Aufgaben der Planung, des Baus sowie die Instandhaltung des gesamten Fernmeldenetzes. Darüber hinaus den Anmeldebetrieb (von Fernmeldeeinrichtungen) u.v.m.

Aufgabe des Fernmeldebetriebsamtes ist die Entstörung und Wartung von Fernmelde- und Teilnehmereinrichtungen, der Fernsprechauskunft- und -auftragsdienst, der Betrieb von Richtfunkstrecken und Stationen, der Betrieb von Mobiltelefonen u.v.m. Aufgrund der geplanten Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens wurde die Beratungsfirma AT Kearney beauftragt, den Bereich dieser Dienststellen zu durchleuchten und ein neues Betriebsmodell zu erstellen.

Nun wurde intern ein Modell vorgestellt, nach dem die Kompetenzen des Fernmeldedienstes im Bundesland Salzburg gänzlich dem Bundesland Oberösterreich zufallen würden (Ausgliederung und Zentralisierung). Dies entspricht in keinem Fall vorliegenden Zusagen" der Generaldirektion. Bei Realisierung dieses Modells bestünde die Gefahr, daß mit dem Verlust der Kompetenzen auch viele Arbeitsplätze von Salzburg in das benachbarte Bundesland Oberösterreich abwandern würden. (Zum Beispiel- 19.700 Teilnehmer der Netzgruppe Bad Ischl wurden bereits von der Auskunft Salzburg zur Auskunft Linz umgerottet. Bei ca. 25.000 Mobiltelefonteilnehmern ist diese Umrottung ebenfalls geplant.)

Bereichsleiter für Vertrieb-, Dienst- und Infrastruktur sollen nach diesem Modell nur in Oberösterreich installiert werden und die Salzburger Dienststellen diesen Bereichsleitern unterstellt werden. Damit besteht weiters die Gefahr, daß - nachdem Entscheidungen allein in Oberösterreich getroffen werden sollen - in Zukunft im Bundesland Salzburg keine Möglichkeit der Mitentscheidung mehr besteht.

Damit verbunden wäre auch der Verlust von Arbeitsplätzen in Salzburg. Dabei ist auch zu beachten, daß die Verlagerung vieler Dienststellen ohne Mitsprache der Personalvertretung erfolgen könnte. Die größte Gefahr der Arbeitsplatzabwanderung besteht bei der Fernsprechauskunft und den digitalen Vermittlungsstellen.

In einer Betriebsversammlung haben die Personalvertreter nachdrücklich die Eigenständigkeit des Telekom-Bereiches für das Bundesland Salzburg gefordert, weil aufgrund der vergleichbaren Größe mit dem Bundesland Kärnten eine analoge Struktur, d.h. eine eigene Landesleitung mit allen Telekom-Bereichsleitungen (Vertrieb, Dienste, Infrastruktur sowie Regionalleitung) möglich sein muß.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage:

1. Wird das Konzept der Beratungsfirma AT Kearney in der von der Beratungsfirma vorgestellten Form umgesetzt?
2. Wenn ja: Wann soll dieses Konzept umgesetzt werden?
3. Bedeutet dies die in der Anfragebegründung angeführte Verlagerung von Entscheidungskompetenzen von Salzburg nach Oberösterreich?
4. Sind Änderungen bei diesem Betriebsmodell - gerade hinsichtlich der Kompetenzaufteilung - möglich?
5. Wieviele Arbeitsplätze gehen bei Umsetzung des geplanten Betriebsmodells durch die geplante Umstrukturierung des Telekom-Bereiches der Post im Bundesland Salzburg verloren?
6. Stimmt es, daß Kärnten (bei vergleichbarer Teilnehmerzahl) eine Landesleitung Telekom erhält, Salzburg aber, trotz des bedeutenden Wirtschaftsraumes mit der regionalen Nähe zu Deutschland und den EU-Mitgliedstaaten keine TelekomLandesleitung?
7. Sind im Bereich der "Gelben Post" ähnliche Konzepte - mit Kompetenzverlagerungen - vorgesehen?
8. Wenn ja, wann wird die Personalvertretung über diese Konzepte informiert werden?

